

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Die strategische Bedeutung Lateinamerikas und der Karibik als Partner für die Stärkung der regelbasierten Ordnung erkennen und Chinas Präsenz in Lateinamerika strategisch entgegenwirken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit der Jahrtausendwende baut China seine Präsenz in Lateinamerika und der Karibik systematisch aus und positioniert sich strategisch und unter Einsatz erheblicher finanzieller, personeller und diplomatischer Mittel als neuer Partner der Region. Institutionalisiert wurde die Zusammenarbeit im Jahr 2010 durch die Einrichtung des Forums zwischen China und der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC). Im Zuge frühzeitiger Lieferungen von Masken und Impfstoffen während der COVID-19-Pandemie ist der chinesische Einfluss auf dem Subkontinent noch einmal gewachsen. China hat dabei seine Impfdiplomatie mit einer umfangreichen Öffentlichkeitskampagne begleitet, um sich so in ein sehr viel vorteilhafteres Licht zu rücken, während die EU – wenngleich letztlich mit größerem Finanzeinsatz und qualitativ höherwertigen Impfstoffen – die eigenen Leistungen nicht ausreichend darstellen konnte. China profitiert insgesamt von der Vernachlässigung Lateinamerikas und der Karibik durch die US-Außenpolitik und durch Europa. Für Ende November hat die Regierung in Peking eine Lateinamerika-Strategie angekündigt.

China ist mittlerweile zum größten Handelspartner Südamerikas und zum zweitgrößten Handelspartner ganz Lateinamerikas nach den USA aufgestiegen. Der Handel zwischen China und Lateinamerika stieg laut Weltwirtschaftsforum von 12 Milliarden Dollar im Jahr 2000 auf 315 Milliarden Dollar im Jahr 2020. Peking betreibt eine gezielte Rohstoffpolitik und ist darüber hinaus wichtige Quelle für Kredite und ausländische Direktinvestitionen. Hauptakteure sind Staatsunternehmen. Besonderer Fokus liegt auf dem Ausbau der regionalen Infrastruktur im Rahmen der Belt and Road Initiative. Diese umfasst auch den Aufbau und die Aufrüstung von Mobilfunknetzen auf 5G-Standard mit Technik der Firmen Huawei und ZTE. Aktuell haben 21 der 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik ihre Teilnahme an der Initiative erklärt.

Gleichzeitig versucht China mit einer Vielzahl an Initiativen im Kultur-, Bildungs-, und Wissenschaftsbereich positive Chinanarrative zu konstruieren. Parteivertreter, Regierungsfunktionäre und Abgeordnete werden in erheblichem Ausmaß zu Delegationsreisen und Studienprogrammen nach China eingeladen, wo in subtiler Weise für Chinas Politik geworben wird und die Kommunistische Partei Chinas betont revolutionär-kommunistisch auftritt. Dabei inszeniert sich die Kommunistische Partei Chinas

als „Gleiche unter Gleichen“, während sie dies mitnichten ist, sondern klar die Parameter der Beziehungen bestimmt. Besonders wichtig sind die auch in Lateinamerika und der Karibik immer stärker verbreiteten Konfuzius-Institute. Schließlich hat China seine militärischen Beziehungen zu mehreren Ländern, insbesondere zu Venezuela, verstärkt.

Weder die Bundesregierung noch die EU haben dem chinesischen Engagement auf dem Subkontinent bisher eine eigene kohärente Politik entgegengesetzt. Der bislang letzte EU-Lateinamerika-Gipfel fand bereits im Jahr 2015 statt und seit Antritt der Bundesregierung hat weder ein Besuch des Bundeskanzlers noch ein Besuch der deutschen Außenministerin in Lateinamerika stattgefunden. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze ist das einzige Kabinettsmitglied, das seit Antritt der Bundesregierung die Region besucht hat. In Anbetracht der Rolle Lateinamerikas als wichtigem Wertepartner im Einsatz für eine regelbasierte internationale Ordnung muss dies alarmieren und entspricht nicht dem Einsatz der Bundesregierungen unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (www.fr.de/politik/lateinamerika-vermisst-angela-merkel-schon-jetzt-91019735.html). Nicht zuletzt die historisch-kulturelle Verbundenheit sowie die gemeinsame Wertebasis bilden wichtige Anknüpfungspunkte für eine starke Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
 1. eine ressortübergreifende Lateinamerika-und-Karibik-Strategie vorzulegen, um die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, der EU und Lateinamerika in allen Bereichen bilateral, regional und multilateral zu intensivieren. Nord-, Mittel und Südamerika müssen dabei gemeinsam gedacht und so die transatlantische Partnerschaft insgesamt gefestigt werden;
 2. eine substantielle strategische Vertiefung der Wissenschaftlich-Technologischen Zusammenarbeit (WTZ) mit einzelnen Staaten Lateinamerikas und der Karibik entsprechend den identifizierten Potenzialen auf ausgewählten Forschungsgebieten vorzunehmen. Insbesondere auf den Forschungsgebieten der Klimaforschung, Astronomie, Biodiversität, Bioökonomie, Geowissenschaften, Rohstoffe sowie Bergbau, Industrie 4.0 inklusive Kreislaufwirtschaft, Smart Services, Leichtbau inklusive additiver Fertigung, regenerative Energien und Grünem Wasserstoff, Pflegeinnovation sowie den Geistes- und Sozialwissenschaften gibt es enormes, ungenutztes Potenzial einer vertieften Zusammenarbeit;
 3. die technologische Basis für diversifizierte internationale Energiepartnerschaften mit Staaten Lateinamerikas zu schaffen, etwa in den Bereichen des „Grünen Wasserstoffes“ sowie mittels Solarparks in sonnenreichen Regionen und Umwandlung des Stroms in Ammoniak oder Methanol sowie auch die Technologie für entsprechende Infrastrukturen zum Transport nach Deutschland und die Kooperation mit lateinamerikanischen Staaten mit hohem Energie-Exportpotenzial, etwa im Bereich des Grünen Wasserstoffs insbesondere mit Argentinien, Brasilien und Chile, substantiell auszubauen;
 4. sich in der Politik gegenüber Lateinamerika stärker mit den USA und Kanada abzustimmen;
 5. in der EU darauf hinzuwirken, dass Gesprächsforen der EU mit Lateinamerika mindestens in derselben Frequenz abgehalten werden wie vom „China-LAC-Forum“ im China-Community of Latin American and Caribbean States (CELAC) Forum Joint Action Plan 2022-2024 vorgesehen sind;

6. die autokratischen und systematisch menschenrechtsverletzenden Verbündeten Chinas in Lateinamerika und der Karibik, zuvorderst Kuba, Nicaragua und Venezuela, außenpolitisch zu isolieren und dort gleichzeitig insbesondere den politischen Stiftungen und kirchlichen Trägern verstärkten Einsatz für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu finanzieren und zu ermöglichen;
7. sich gemeinsam mit Partnern in Lateinamerika und der Karibik stärker für Demokratie- und Rechtsstaatsförderung zu engagieren und hierfür zusätzliche finanzielle Ressourcen vor allem bei den politischen Stiftungen bereitzustellen;
8. die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung zu schärfen, um das Engagement der deutschen Wirtschaft in Lateinamerika und der Karibik zu fördern. Diese müssen stärker am Bedarf kleiner und mittlerer Unternehmen ausgerichtet und im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger gestaltet werden;
9. die Entwicklungszusammenarbeit mit reformorientierten Staaten Lateinamerikas und des Karibik-Raums unter Einsatz geeigneter Finanzierungsinstrumente zu stärken, und wirksamer zu gestalten, um dort zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele, zum Klimaschutz und zum Erhalt des Waldes und der Bewahrung der Schöpfung beizutragen;
10. zivilgesellschaftliche Kontakte, einschließlich in besonderer Weise kirchliche Kontakte und Partnerschaften, die auch tief in den ländlichsten Räumen und Gemeinden Zugang zu den Menschen finden, mit Lateinamerika zu unterstützen;
11. verstärkt gegen eine Ausweitung der chinesischen Militärpräsenz in China durch Projekte wie die Espacio Lejano-Station in Argentinien vorzugehen und dafür die Militärattachéstäbe an den deutschen Botschaften der Region wo nötig zu verstärken;
12. neue Energie- und Rohstoffpartnerschaften mit lateinamerikanischen Staaten abzuschließen bzw. bestehende zu vertiefen, einschließlich mittels geeigneter Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, und sich dabei neben der nachhaltigen und sozial verträglichen Gewinnung insbesondere auch für die Verbindung mit lokaler und regionaler Wertschöpfung einzusetzen. Partnerschaften mit besonderem Potenzial für die Wasserstoffproduktion sollten in den Fokus gerückt werden;
13. in der internationalen Rohstoffpolitik stärker zu berücksichtigen, welche Auswirkungen chinesische Investitionen in Lateinamerika und der Karibik zum Beispiel auf die europäische Versorgung mit Lithium haben können;
14. die seit 2008 bestehende strategische Partnerschaft mit Brasilien als bislang einzige auf dem Subkontinent wiederzubeleben und weitere bilaterale strategische Partnerschaften mit demokratischen Staaten Lateinamerikas abzuschließen;
15. die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Lateinamerika auszubauen, damit die Europäische Union und Deutschland im internationalen Wettbewerb mit China nicht den Anschluss verlieren;
16. auf europäischer Ebene für die umgehende Ratifizierung des Assoziierungsabkommens der EU mit dem Mercosur-Raum einzutreten. Gleiches gilt für den politischen Abschluss der Verhandlungen über die Modernisierung des Abkommens mit Chile und die Ratifizierung des modernisierten Handelsabkommens mit Mexiko;
17. auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass Lateinamerika und die Karibik in der Planung und Umsetzung der Global Gateway-Initiative mehr Raum findet und damit gezielt Ländern ein attraktives Gegenangebot zur Belt and Road Initiative bietet, um diese aus der starken Bindung zu China herauszulösen;
18. auf die Umsetzung der im Oktober gestarteten EU-Lateinamerika-Offensive zu drängen und in diesem Zusammenhang auf einen baldigen EU-Lateinamerika-Gipfel mit hochrangiger Beteiligung;

19. gemeinsam mit Deutschlands Verbündeten die lateinamerikanische Rolle im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbank zu stärken, um deren Akzeptanz und Wirkung als ein auf die Bedürfnisse der Länder und ihrer Menschen eingehender alternativer Kreditgeber zu China;
20. die deutsche Präsenz in lateinamerikanischen Regionalorganisationen auszubauen, insbesondere in der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IDB), der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (IIC) und der Karibischen Entwicklungsbank (CDB);
21. die deutsche und europäische Partnerschaft mit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu intensivieren, gemeinsame Ziele wie die Stärkung von Frieden, Demokratisierung, die Einhaltung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Kriminalität zu unterstützen, und einen eigenständigen Botschafter zu akkreditieren, so wie es andere europäische Staaten bereits getan haben;
22. die in Hamburg ansässige EU-LAK-Stiftung zu fördern, um die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika weiterzuentwickeln;
23. die Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Staaten im Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsbereich zu intensivieren, um das gemeinsame Wertefundament im globalen Systemwettbewerb zu festigen und dem Einfluss von Akteuren, die autoritäre Ordnungsmodelle unterstützen, entgegenzutreten;
24. gezielt akademische Regionalkompetenz zu Lateinamerika und der Karibik in Deutschland zu fördern;
25. die medienpolitische Präsenz Deutschlands auszubauen und die Deutsche Welle ihn ihrem Auftrag zu unterstützen, Deutschland als europäisch gewachsene Kulturturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat zu vermitteln;
26. chinesischen Desinformationskampagnen mit den Mitteln der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik unter Führung des Regionalen Deutschlandzentrums Spanischsprachiges Lateinamerika entgegenzutreten;
27. die Sichtbarkeit deutscher Entwicklungszusammenarbeit in der breiten Öffentlichkeit der lateinamerikanischen Partnerländer durch gezielte Kommunikationsmaßnahmen zu erhöhen.

Berlin, den 8. November 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion